

Betreuung ist das größte Problem

OBERSULM *Zugewiesene Flüchtlinge können in den kommenden Monaten untergebracht werden – Integrationsarbeit ist am Limit*

Von **Gustav Döttling**

Der Gemeinderat will ein Zeichen setzen. Das Gremium beschloss einstimmig, den Vorschlag des Gemeindegats für ein Sofortprogramm zur besseren Migrationssteuerung zu unterstützen, um die Belastung der Kommunen bei der Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen zu reduzieren.

„Stand Ende November sind in der Gemeinde 329 Flüchtlinge untergebracht. Davon stammen 162 Flüchtlinge aus der Ukraine“, teilte Bürgermeister Björn Steinbach mit. Der Rest verteile sich auf zwölf Nationen. Die Gemeinde habe für einen Neubau, Grunderwerb und Umbauten zur Unterbringung von

Flüchtlingen seit einigen Jahren rund 3,6 Millionen Euro ausgegeben. Von Land und Bund betrug die Förderung rund 400 000 Euro. Die laufenden Kosten der Unterbringung seien mit Gebühren gedeckt.

Hilferuf Die Kommune verwalde derzeit 20 Gebäude als Flüchtlingsunterkünfte. 17 Gebäude sind im Eigentum der Gemeinde, drei Immobilien sind angemietet. „Wir haben die Unterbringungskapazitäten kontinuierlich gesteigert und konnten zugewiesene Flüchtlinge immer unterbringen“, berichtete Steinbach. Die Gemeinde habe eine größere Unterkunft in Affaltrach neu angemietet. Denn: „Der Landrat hat die Kommunen Anfang November informiert, dass der Flüchtlingsstrom



Die Gemeinde will das Gelände hinter dem Willsbacher Bahnhof als Containerstandort ausweisen.
Foto: Gustav Döttling

nicht abreißen wird, der Landkreis ab Dezember keine Kapazitäten mehr für die Erstunterbringung hat und dringend die Unterstützung der Kommunen braucht“, so Steinbach.

Das größte Problem sei die Integrationsarbeit. Die geflüchteten Kinder müssten in Kindergärten und Schulen betreut, Sprachkurse für alle organisiert und durchgeführt werden. Außerdem sei viel zusätzliche Verwaltungsarbeit zu erledigen. „Hier ist eine Belastungsgrenze für uns erreicht“, so Steinbach. Seit einigen Jahren habe der Landkreis in Obersulm eine halbe Stelle für die Integrationsarbeit bereitgestellt. Anfangs sei die Integrationsmanagerin für 100 Flüchtlinge zuständig gewesen. Für aktuell rund 350 Personen reiche der Stel-

lenumfang jedoch bei Weitem nicht mehr aus.

Aufgeheizt „Die Gemeinde ist an der Belastungsgrenze“, bestätigte Monika Steg (SPD). Sie wollte wissen, was bei der geplanten Flüchtlingsunterkunft am Willsbacher Bahnhof laufe. „Das Verfahren ruht, bis das Landratsamt über den Widerspruch der Bürgerinitiative gegen den Gemeinderatsbeschluss, einen Bebauungsplan aufzustellen, entschieden hat“, erläuterte Ordnungsamtsleiterin Larissa Woschko. „Die Stimmung in der Bevölkerung ist aufgeheizt“, so Nico Knapp (CDU). „Wir müssen die Containerlösung bald angehen, bevor wir Hallen belegen und überrumpelt werden“, sagte Hermann Hohl (CDU).